

Bundesvorstand der Jungsozialisten

BUNDESKONGRESSBESCHLÜSSE

Jungsozialisten in der SPD

1969 - 1976



Außerordentlicher Bundeskongreß
Hannover
11. bis 12. Dezember 1971

THESEN

A. Thesen zur polit-ökonomischen Analyse und zu strategischen Ansätzen

1. Die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik ist vom Grundwiderspruch aller kapitalistischen Gesellschaftsordnungen geprägt, dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung.

Die gesamtgesellschaftlich bedeutenden Krisenerscheinungen und die strategisch bedeutsamen Widersprüche sind auf diesen Grundwiderspruch zurückzuführen.

2. Bei bestehenden Interessengegensätzen zwischen den Fraktionen des Kapitals und bei einer politischen, ideologischen, regionalen und berufsspezifischen Differenzierung der abhängig Beschäftigten, die für eine aktuelle politische Strategie zu berücksichtigen sind, existiert als grundlegender Interessengegensatz der Klassengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital weiter. Solange die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel besteht, solange wird dieser Gegensatz bestehen.

3. Die Struktur der ökonomischen Basis der hochentwickelten kapitalistischen Länder wird mehr und mehr durch den Einfluß der industriellen Großkonzerne bestimmt.

— Die Konzentration und Zentralisation eines stets wachsenden Teils der gesellschaftlichen Produktion und des Kapitals bei wenigen Großkonzernen;

— die Kontinuität einer überdurchschnittlichen Profitrate dieser Konzerne;

— sowie die Fähigkeit, durch ihre ökonomische und außerökonomische Macht, diese Profitrate zu sichern,

kennzeichnen das Wesen des monopolbestimmten Kapitalismus.

In der jüngsten Phase der kapitalistischen Entwicklung erweisen sich die staatlichen Finanzierungen vor allem von Forschungs- und Entwicklungskosten in der Rüstungsindustrie, Industrieansiedlungsprämien und Steuererleichterungen, sowie die weitgehende Vergesellschaftung der allgemeinen Kosten der kapitalistischen Großproduktion als besonders wichtige Quelle der Monopolprofite.

Ohne massive ökonomische Interventionen des Staates ist der kapitalistische Produktionsprozeß nicht mehr denkbar, so daß heute von einem gesellschaftlichen System gesprochen werden kann, in dem es den großen Konzernen gelingt, ihre Interessen in allen gesellschaftlichen Bereichen zum Tragen zu bringen.

4. Die politische Macht der Kapitalisten zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft schlägt sich nicht in allen Bereichen staatlicher Tätigkeit gleichermaßen und uneingeschränkt nieder. Staatliches Handeln ist nicht nur geprägt von gesellschaftlich vorherrschenden Kräften, sondern gleichzeitig von den Konflikten zwischen den grundsätzlich widersprüchlichen und den konkurrierenden gesellschaftlichen Kräften.

Deshalb spielt der Staat nicht nur als Instrument der herrschenden Klasse, sondern auch innerhalb der Strategie der Jungsozialisten eine wichtige Rolle.

Die konkrete Politik eines hochentwickelten kapitalistischen Staates ist Ausdruck zahlreicher sich widerstrebender Kräfte und folglich nicht einseitig determiniert.

Diese Tatsache muß von der arbeitenden Bevölkerung zum Kampf um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen noch innerhalb des kapitalistischen Systems genutzt werden.

5. Die kapitalistische Produktionsweise bedingt eine ständige Unstabilität und Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Gesellschaft. Dabei hat es sich jedoch in der Vergangenheit gezeigt, daß der von vielen Sozialisten erwartete ökonomische Zusammenbruch des Systems ausblieb, da sowohl in der nationalen, wie in der internationalen staatlichen Wirtschaftsregulierung Instrumente entwickelt wurden, die dies erfolgreich verhindert haben.

6. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hemmen weiterhin die volle Entfaltung der Produktivkräfte. Sie erhalten den entfremdeten Charakter der Arbeit. Deshalb ist die sozialistische Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft notwendig. Die Aktualität des Sozialismus zeigt sich als Ergebnis einer über die allgemeine Beschreibung der Widersprüche des kapitalistischen Produktionsprozesses hinausgehenden detaillierten Analyse der bestehenden Gesellschaft, ihrer Strukturen und ihrer internationalen Verflechtungen.

7. Die klassische Form der kapitalistischen Krise ist von Arbeitslosigkeit und ungenutzten Kapazitäten bei fallenden Preisen gekennzeichnet. Diese Krise trug stets die Möglichkeit in sich, revolutionäre Veränderungen hervorzubringen. Deshalb wurde zuerst gegen diese Krisenform ein systemerhaltendes Instrumentarium entwickelt, das Vollbeschäftigung und damit Massenloyalität durch Nachfrageanreize des Staates sichern sollte.

Durch Erhöhung der Staatskäufe und anderer Anreize sind Überproduktionskrisen auf Kosten der Lohnabhängigen abmilderbar, aber nicht beherrschbar geworden.

8. Der Versuch, durch eine Vollbeschäftigungspolitik die Krisenhaftigkeit des Systems zu beseitigen, ist mißlungen. Bei bestehender Vollbeschäftigung wird der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit durch den Verteilungskampf verschärft. Wird durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften eine Verringerung der kapitalistischen Profitraten erreicht, so versuchen die Unternehmer die beschnittenen Profite über eine inflatorische Preispolitik zurückzuholen, was angesichts des Monopolgrades meist gelingt. Ist auch dieser Spielraum ausgenutzt, so versuchen die Unternehmer die Position der Gewerkschaften durch die Senkung der Investitionsrate und der Drohung mit der Rezession zu erschüttern.

Tatsächlich verlagert die nationale Vollbeschäftigung bei kapitalistischer Produktionsweise das Bestreben, eine Arbeitskraftreserve zu erhalten, auf die internationale Ebene.

Kapitalistische Vollbeschäftigung auf nationaler Ebene bedingt somit permanente Krisensituationen für andere, Arbeitskräfte stellende, Nationen.

9. Die unternehmerischen Verhaltensweisen stellen die staatliche Wirtschaftspolitik vor Schwierigkeiten. Treibt die Preispolitik der Kapitalisten die Inflationsrate in die Höhe, so gefährdet der Investitionsstreik die Vollbeschäftigungsgarantie und damit die Loyalität der Massen gegenüber der Regierung. Der Staat führt also abwechselnd eine Politik der Wirtschaftsdämpfung und der Wirtschaftsankurbelung. Allmählich hat sich dabei eine neue Krisenbewältigung herausgestellt. Statt Arbeitslosigkeit und ungenutzter Kapazitäten wird eine relativ hohe Beschäftigung erreicht, die von einer ständigen schleichenden Inflation begleitet ist. Diese Form der Inflation wirkt systemerhaltend, weil die Überproduktion vorwegfinanziert und gewerkschaftliche Lohnerfolge aufgezehrt werden. Gelingt es dabei der Regierungspolitik trotz konjunkturanregender Maßnahmen nicht, einen Stagnationstrend zu stoppen, so kommt es, wie z.Z. in den USA, zu einer Verbindung von Stagnation und Inflation („Stagflation“).
10. Inzwischen hat der Staat, um seine scheinbar klassenneutrale Vermittlerfunktion zu sichern, eine dem Vollbeschäftigungszustand entsprechende „Friedensformel“ entwickelt. Die Gewerkschaften sollen im Rahmen der konzertierten Aktion auf eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik festgelegt werden. Diese Formel führt die Gewerkschaften in Konflikte. Übernehmen sie die Rolle im Rahmen der Einkommenspolitik, so riskieren sie den Konflikt mit den Mitgliedern. Verweigern sie die Mitwirkung, so geraten sie in den Konflikt mit der staatlichen Wirtschaftspolitik und unter einen massiven Druck einer manipulierten Öffentlichkeit. Diesen Konflikt können die Gewerkschaften nur durch eine Stärkung der Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder und neue qualitative Forderungen im Rahmen einer veränderten Gewerkschaftsstrategie erfolgreich bestehen.
Angesichts dieses Sachverhaltes ist die staatliche Wirtschaftspolitik hinreichend mit der Realisierung der bloßen Verwertungsbedingungen ausgelastet. Das aber heißt: der krisenfreie Fortgang der privaten Kapitalverwertung wäre bereits gefährdet, wenn sich der Staat oder auch die Gewerkschaften ihrer gegenwärtig ausgeübten Funktion der Krisenvermeidung entzögen.
11. Ökonomische Krisen, Inflation und Arbeitslosigkeit führen, solange sie auf eine politisch versicherte und unvorbereitete Arbeiterklasse treffen, nicht notwendig zu Fortschritten für eine sozialistische Politik. Wie die Erfahrungen, insbesondere in der BRD, den USA und Großbritannien zeigen, können derartige Krisen auch zur Disziplinierung der progressiven Kräfte oder zu faschistischen Herrschaftsformen der reaktionären Kräfte dienen, wenn die Arbeiterklasse nicht durch ihre Organisationen auf den Kampf gegen das Kapital vorbereitet ist. Die ökonomische Stabilität wäre gefährdet, wenn der Staat im Rahmen einer Strategie antikapitalistischer Strukturreformen durch die Inangriffnahme solcher Reformen relevante Kapitalinteressen verletzte. Und auch wenn diese Reformen im Einklang mit zuvor mobilisierten Massen durchgeführt würden, käme es schon in der Vorbereitungsphase solcher Reformen zu einer Krise (Kapitalflucht, Investitionsstreik).
12. Daraus folgt, daß wir unsere politische Praxis vorrangig an dem Ziel orientieren müssen, wie können wir dazu beitragen, daß sich die organisierte Macht der Arbeiterklasse in einem solchen Ausmaß entfaltet, daß die Krisenreaktion der Unternehmer sich gegen sie selbst kehrt — und zwar dergestalt, daß die Arbeiter schließlich die vom Kapital stillgelegte Produktion selbst übernehmen (Selbstorganisation).
13. Die Konzentration und Zentralisation eines ständig steigenden Teils der Kapitalien, die vor allem aufgrund des Zwanges zu einer überdurchschnittlichen Profitrate stattfindet, kennzeichnet seit längerem die Tendenz des heutigen Kapitalismus. Diese Konzentration der Produktion führt zur Ansammlung großer ökonomischer und außerökonomischer Macht. Sie gibt dem Kapital die Möglichkeit, Machtzuwächse der Gewerkschaften im Verteilungskampf zu verhindern oder staatliche Finanzierungen der kapitalistischen Produktion durchzusetzen.
14. Die zunehmende Ausschaltung der kapitalistischen Konkurrenz geht auf nationaler Ebene mit einer Verstärkung der internationalen Konkurrenz einher. Damit wird der Konzentrationsprozeß internationalisiert. Dabei werden internationale Wirtschaftsblöcke von kapitalistischen Staaten zum Schutz der internationalisierten Kapitalien gebildet, sie sollen übernationale staatliche Regulierungen und Finanzierungen des Verwertungsprozesses bieten. Die Kapitalisten kämpfen gegen eine Demokratisierung der neu entstandenen internationalen Wirtschaftsblöcke und versuchen sogar, parlamentarische Kontrollen der internationalen Behörden und deren Entscheidungen zu verhindern. Eine wirksame Strategie der Arbeiterbewegung erfordert im internationalen Rahmen aktionsfähige Organisationen der Arbeiterbewegung, besonders der Gewerkschaften, die die nationalen, konfessionellen und politischen Spaltungen zu diesem Zweck überwinden muß. Als dringlichste Aufgabe für internationale Aktionsbündnisse stellt sich für die Gewerkschaften die Vorbereitung und das Durchhalten multinationaler Kampfmaßnahmen.
15. Mit zunehmender Entwicklung der Produktionskräfte und mit dem Machtzuwachs der großen Kapitalien gelingt es immer mehr, Voraussetzungs- und Folgekosten der privaten Produktion auf die Allgemeinheit zu übertragen, ohne daß die private Aneignung der Profite aufgehoben wird. Dabei wachsen diese Infrastrukturkosten weit mehr als notwendig, weil der anarchische Charakter der kapitalistischen Produktion, z. B. „freie“ Standortwahl, über die technischen Notwendigkeiten hinaus beispielsweise durch die Bildung von überlasteten Ballungsgebieten gesamtgesellschaftliche Zusatzkosten bewirkt.
16. Trotz staatlicher Regulierungen des Massenkonsums ist auch für Konzerne wegen der konstanten Einkommensverteilung, die Gefahr der Stokung des Absatzes vorhanden. Um Auslastung und Wachstum der Kapazitäten zu sichern, wird der Konsum durch Marketing, d. h. Werbung, Produktgestaltung, Verschleiß, Absatzorganisa-

- tion und -finanzierung systematisch gelenkt, durch die Unternehmen selbst produziert. Alternativen eines kollektiven Konsums gehen dabei verloren, da für die Produktion individueller Konsumgüter Arbeit gefunden wird, die unter anderem gesellschaftlichen Voraussetzungen besser genutzt werden kann. Es besteht die Gefahr, daß, vor allem wegen der Bewußtseinslenkung, das steigende Anspruchsniveau der Menschen die kapitalistisch integrierbaren Konsumentenbedürfnisse nicht überschreiten.
17. Die Konzentration und Monopolisierung der Wirtschaft führt zu immer neuen Angriffen der Interessenvertreter des Kapitals in Staat und Verwaltung auf die demokratischen Rechte und Institutionen der arbeitenden Bevölkerung, da diese für die Durchsetzung ihrer Profitinteressen hinderlich sind und bei konsequenter Ausnutzung durch die arbeitende Bevölkerung zu einer Gefahr für die herrschende Klasse werden könnten. In der BRD stellt sich als die treibende politische Kraft der Entdemokratisierung im Interesse des Großkapitals immer offener die CDU/CSU heraus, die mit Hilfe aller konservativen reaktionären und neofaschistischer Kräfte in der Gesellschaft auf den Sturz der SPD/FDP-Regierung hin arbeitet.
 18. Die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die die Vergesellschaftung notwendig einschließt, ist also auch heute noch der entscheidende Hebel zur Abschaffung des kapitalistischen Systems. Die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel taugt in seiner allgemeinen Form jedoch nicht dazu, die Massen für eine sozialistische Politik zu gewinnen. Es ist notwendig, aus ihr Forderungen abzuleiten, die zur Vergesellschaftung hinführen, die aber an den für die Menschen erfahrbaren Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft ansetzen. Die subjektiv erfahrbaren Widersprüche sind besonders wirksame Ansatzpunkte, um die Lohnabhängigen die politischen Widersprüche erkennen zu lassen, die zur Entwicklung sozialistischer Perspektiven führen.
 19. Der Kapitalismus zeigt seine Widersprüche in den verschiedensten Bereichen. Die Widersprüche aktualisieren sich in Konflikten im einzelnen Betrieb, im Wohnbereich und in Bildungstätten. Eine antikapitalistische Politik findet ein vielfältiges Konfliktpotential vor. Die Chancen dazu konsequent auszunutzen ist Aufgabe einer sozialistischen Politik. Entscheidend ist, daß in den verschiedenen Bereichen Gegenmacht zum Kapital entwickelt wird. Diese wird erst wirksam, wenn die antikapitalistischen Konflikte in den Organisationen der Arbeiterbewegung koordiniert und umgesetzt werden. In dem Maße, in dem dies gelingt, wird die Gefahr gemieden, daß antikapitalistische Strukturreformen zum systemstabilisierenden Reformismus verkümmern.
 20. Gesellschaftliche Kontrolle ist nicht mit staatlicher Kontrolle gleichzusetzen: einmal, weil der Staat unter spätkapitalistischen Bedingungen tendenziell das durch die führenden Monopole und Oligopole inhaltlich bestimmte gesamt kapitalistische Interesse vertritt, und zum anderen, weil gesellschaftliche Kontrolle ihren emanzipatorischen Charakter verliert, wenn sie ausschließlich auf der Ebene zentraler Staatsorgane erfolgt. Die Forderung nach staatlicher Kontrolle muß deshalb die Forderung nach gleichzeitiger Demokratisierung des Staates beinhalten. Unter den gegenwärtigen Bedingungen geht es jedoch vorrangig darum, Gegenmachtpositionen der Lohnabhängigen aufzubauen und von dort ausgehend auf die staatliche Wirtschaftspolitik einzuwirken.
 21. Von zentraler Bedeutung ist die schrittweise Organisation gewerkschaftlicher Gegenmacht im Produktionssektor. Dort gilt wesentlich das Recht, das erkämpft wurde und das jederzeit verteidigt werden kann. Die Möglichkeiten von Staat und Parlament müssen zur Sicherung erkämpfter Position genutzt werden. Insofern ist die Entfaltung und Bewahrung innerinstitutioneller Einflußchancen der Entwicklung von Basismacht funktional zuzuordnen. Es ist nicht zu erwarten, daß Parlamente Forderungen zur Verbesserung der Arbeitnehmerstellung gesetzlich bekräftigen werden, wenn die Gewerkschaften selbst solche Forderungen nicht erheben und mit Nachdruck vertreten.
 22. Die Bedürfnis- und Konsumstruktur sichert über das angepaßte Konsumverhalten kapitalistische Strukturen ab. Deshalb ist die Problematisierung der heutigen Bedürfnisprioritäten — Kindergärten, Spielplätze, Schwimmbäder — am Gegensatz zwischen kapitalistischen Profitinteressen und kollektiven Bedürfnissen, in der Nahverkehrsdiskussion, in der Umweltdiskussion oder z. B. in der wissenschaftlichen Diskussion zum Sozialproduktbegriff notwendig. Erforderlich ist ferner die Herausnahme von Bedürfnissen aus dem privaten Marktsystem und Bereitstellung von kollektiven Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung. Z. B. muß linke Kommunalpolitik darauf zielen, möglichst viele Bedürfnisse dem Zugriff des Marktes zu entziehen und stattdessen kollektive Befriedigungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.
 23. Die Infrastrukturpolitik im Kapitalismus muß als Vorbehalte — bzw. Unterstützungsleistungen für die kapitalistische Produktionsweise aufgezeigt und deutlich gemacht werden, um den Widerspruch zwischen privatwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen durchschaubar zu machen.
 24. Darüber hinaus sind Aktivitäten im Infrastrukturbereich im Rahmen einer sozialistischen Strategie nur insoweit sinnvoll, als es gelingt, die grundsätzliche Bedingtheit der Infrastrukturpolitik im Kapitalismus, ihre Abhängigkeit von der widersprüchlichen Entwicklung des Kapitals deutlich zu machen. Bemühungen um Demokratisierung der staatlichen Verwaltung und Planung, speziell im Bereich der Stadtteilkomiteesplanung, Bürgerinitiativen, Stadtteilkomitees sind Versuche, die politische Mobilisierung der Lohnabhängigen unter diesem Gesichtspunkt voranzutreiben.
 25. Die Forderung nach Steuererhöhungen ist nur im Zusammenhang mit konkreten Aufgaben, für die die Steuermittel benötigt werden, sinnvoll. Steuererhöhungen dürfen außerdem nur dann gefordert werden, wenn aufgrund der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu erwarten ist, daß die zusätzlichen Mittel für die nötigen Strukturreformen und nicht ausschließlich im Inter-

esse bestimmter Kapitalfraktionen (z. B. Rüstungsausgaben) verwendet werden. Die Bedeutung der Forderungen nach Steuererhöhungen liegt auch da, wo sie die Grenzen des kapitalistischen Systems aufzeigen. Die Notwendigkeit wesentlicher Steuererhöhungen zu verneinen, heißt heute auf die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und damit auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Masse der abhängig Beschäftigten zu verzichten. Steuererhöhungen dürfen allerdings nicht als Ersatz für die Lösung der Widersprüche im Kapitalismus verstanden werden. Gleichzeitig ist bei der Forderung nach Steuererhöhungen die Notwendigkeit der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse nach den Bedürfnissen der Produzenten deutlich zu machen. Das schließt ein, daß dies nur durch die Demokratisierung und Ver gesellschaftung der Produktionsmittel möglich wird. Indem die Notwendigkeit der Struktur reformen erfahrbar gemacht und ein Weg zu ihrer Erstellung aufgezeigt wird, rücken diese Maßnahmen für die Lohnabhängigen in den Bereich des Möglichen, können sie eine mobilisierende Wirkung ausüben. Die bloßen Forderungen

und Teilerfolge bei deren Durchsetzung werden den Widerstand des Kapitals bzw. einzelner Kapitalfraktionen hervorrufen, d. h. den Klassencharakter des Systems verdeutlichen und dazu beitragen, die Auseinandersetzung zwischen den Klassen zu verschärfen.

26. Antikapitalistische Strukturreformen können solange weitgehend verhindert werden, als eine Beeinflussung der privaten Investitionen nicht möglich ist. Um eine öffentliche Kontrolle der Investitionspolitik zu ermöglichen, muß die politische Kontrolle des Kreditwesens gefordert werden. Ohne diese ist eine demokratisch gelenkte Investitionspolitik, die allein eine dauerhafte Vorkehrung gegen die Strukturkrisen schaffen kann, unmöglich. Kampagnen für demokratisch gesellschaftliche Kontrollen des Bankenapparates erscheinen deshalb erforderlich. Eine öffentliche Kontrolle des Kreditwesens ist freilich nicht als eine Teilverwirklichung des Sozialismus aufzufassen, sondern erhält ihren strategischen Stellenwert vor allem dadurch, daß auf der Grundlage dieser Forderung eine Problematisierung des Privateigentums möglich ist.

B. Thesen zum Abbau der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel Betrieb – Gewerkschaft – Staat

27. Eine Reihe von Faktoren in der deutschen Geschichte (z. B. Bismarck'sche Sozialgesetzgebung, Weimarer Betriebsrätegesetz und die Trennung von politischem und ökonomischem Kampf in Partei einerseits und Gewerkschaft andererseits) und die Entwicklung der BRD nach 1945 haben dazu geführt, daß eine weitgehende Anpassung der Gewerkschaften und der SPD an das kapitalistische System — verbunden mit einer wachsenden Entpolitisierung weiter Teile der Arbeiterklasse — stattfinden konnten. Im einzelnen sind nach 1945 folgende Faktoren von Bedeutung gewesen:

- a) die Eingriffe der westlichen Besatzungsmächte, insbesondere der USA, in den Prozeß der Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft mit dem Ziel der Wiederherstellung der überkommenen Besitz- und Machtverhältnisse;
- b) das rasche Wachstum der Arbeiterklasse nach 1945 aufgrund des Zustroms vormals bäuerlicher und kleinbürgerlicher Schichten, das die Ausbildung eines einheitlichen kollektiven Klassenbewußtseins in hohem Maße behinderte;
- c) die verfeinerten Mechanismen zur Eingliederung der Arbeiter in das bestehende System und die Minderung kritischen Potentials durch den relativen Wohlstand des „Wirtschaftswunders“;
- d) der weitgehende Verzicht der Gewerkschaftsführung auf eine Mobilisierung der Lohnabhängigen für die angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen aus Furcht vor einer

nicht mehr kontrollierbaren Radikalisierung der Massen und das Vertrauen auf freiwillige Zugeständnisse der Alliierten.

- e) die Diskreditierung sozialistischer Perspektiven durch den Stalinismus in der Sowjetunion und dessen Variante in der DDR;
 - f) das Fehlen einer klaren antikapitalistischen Konzeption und einer daraus abzuleitenden Strategie und Praxis, verstärkt durch die Wirkungen der antikommunistischen Ideologie, die jede grundlegende Reformpolitik als antidemokratisch verdächtigen konnte;
 - g) die Verluste an bewußten Funktionären, die die Arbeiterbewegung durch den Terror des nationalsozialistischen Regimes erlitten hatte und die dem Verselbständigungsprozeß der Gewerkschaftsführung Vorschub leisteten.
28. Das Ergebnis dieser Faktoren der Nachkriegsentwicklung war das Scheitern der Bemühungen um eine Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Aufgrund des massiven Drucks der Adenauer-Regierung (Verfassungsklage) und der reorganisierten Unternehmerverbände (Schadenersatzforderungen im Streikfall) beugten sich die Gewerkschaften der Entscheidung des Parlamentes bei der Verabschiedung eines Betriebsverfassungsgesetzes. Dieses Gesetz entfernte die Gewerkschaften fast kampfflos aus den Betrieben und drängte die Betriebsräte in eine sozialpartnerschaftliche Rolle. Die Gewerkschaften zogen sich auf das Gebiet der Tarif- und Sozialpolitik zurück und praktizierten aufs neue die überkommene Arbeitsteilung zwischen Par-

teilen und Gewerkschaften. Die Gewerkschaften geben ihre Vorstellungen von einer Veränderung der Gesellschaft nur noch öffentlich kund, tragen sie an die Parteien heran und fordern ihre Mitglieder auf, die entsprechenden Parteien bei den Wahlen zu unterstützen. Das Ergebnis dieser Gewerkschaftspolitik der 50er und 60er Jahre war eine zunehmende Entpolitisierung der lohnabhängigen Massen und eine um sich greifende Entmutigung unter den bewußteren Teilen der Arbeiterklasse.

29. Mit der Erschöpfung derjenigen Faktoren, die das „Wirtschaftswunder“ ermöglicht hatten (langsam steigende Löhne durch lange Jahre anhaltende Arbeitslosenquoten, Zustrom von qualifizierten Arbeitskräften aus der DDR, Nachholbedarf an Investitionsgütern, günstige Weltmarktsituation durch freie Kapazitäten und niedrige Lohnkosten, unternehmerfreundliche Steuergesetze und nur langsam steigende Belastung durch Rüstung), verschärften sich anfangs der 60er Jahre die Klassenauseinandersetzungen wieder. Das Ende der Wiederaufbauperiode fällt zusammen mit den ersten Versuchen des Kapitals, den zu erwartenden Widerstand der Lohnabhängigen durch Notstandsgesetzgebung und Einkommenspolitik zu brechen. Hinzu kommt ein rasches Tempo des Konzentrationsprozesses — verbunden mit einer Verschärfung der Ausbeutung durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen. Andererseits werden dadurch die Folgen der individuellen wie der gesellschaftlichen Ausbeutung zunehmend spürbar.
30. Eine neue Stufe erreichten die Klassenauseinandersetzungen in der BRD mit der Einführung der Einkommenspolitik im Gefolge der ersten bedeutenden Wirtschaftskrise nach 1950 in den Jahren 1966/67. Die Aufnahme der SPD in die Regierung bewirkte bei den Gewerkschaften die Zustimmung zu den neu geschaffenen Institutionen der Einkommenspolitik (Konzertierte Aktion). Damit gaben sie ein beträchtliches Stück ihrer Autonomie auf, weil sie keine alternativen Strategien entwickelt hatten. Sie gestatteten faktisch, daß die gewerkschaftliche Tarifpolitik abhängig von der staatlichen Wirtschaftspolitik wird, ohne mehr zu erhalten als eine „Vollbeschäftigungsgarantie“ in gewissen Grenzen. Erleichtert wurde dies durch die Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen bei den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften nehmen die Orientierungsdaten der Bundesregierung hin und vertreten sie gegen bewußtere Teile der Lohnabhängigen. — Erstes Resultat dieser Politik sind die spontanen Streiks von 1969 und die verstärkte Militanz der Arbeitskämpfe in den Jahren 1970 und 1971.
31. Die Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Nachbarstaaten der BRD entwickelt sich entsprechend der Unterschiede in den ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen. Zum einen unterscheidet sich der Kapitalismus — einschließlich seiner herrschenden Klasse — insbesondere in Frankreich und Italien von dem in der BRD: höherer Anteil von Mittel- und Kleinindustrie, geringerer Einfluß des US-Imperialismus auf die Nachkriegsentwicklung, weniger umfassende Kapitalkonzentration, geringeres Interesse der Kapitalvertreter an Reinvestitionen, Kapitalflucht größeren Umfangs u. a.; zum anderen sind die Bedingungen für die Gewerkschaften selbst in Westeuropa höchst unterschiedlich: während den deutschen Gewerkschaften seit dem 19. Jahrhundert durch die Sozialgesetzgebung ein ständig wachsender und umfassender institutioneller Rahmen vorgegeben ist, gehen die Nachbargewerkschaften stärker einen außerinstitutionellen Weg autonomer Gegenmacht und verfolgen als politische Richtungsgewerkschaften kämpferischer die Perspektive der Aufhebung des Kapitalismus.
32. Die Jungsozialisten verfolgen eine Strategie, die das Ziel hat, eine wachsende Gegenmacht der Lohnabhängigen zu organisieren, um eine Aufhebung der Verfügungsgewalt der Kapitaleigner über die Produktionsmittel zu erreichen. Wir müssen konkrete Ansätze zur Mobilisierung für dieses Ziel im Betrieb, auf der Unternehmensebene und im Bereich der staatlichen Wirtschaftspolitik aufgreifen. Er kämpft werden müssen Mitbestimmungspositionen im Sinne einer Kontrolle der Betriebs- und Unternehmensentscheidungen. Ebenso notwendig ist die Mobilisierung für Ziele wie Durchsetzung einer differenzierten Globalsteuerung der Wirtschaft in Richtung auf eine demokratisch kontrollierte Wirtschaftsplanung über eine Kontrolle der Investitionen und eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien sowie des Banken- und Kreditwesens, um den Übergang zum Sozialismus einzuleiten.
33. Eine derartige Strategie stößt im derzeitigen Moment auch innerhalb der SPD und der Gewerkschaften auf den Widerstand einer Mehrheit. Gefürchtet wird das Veto der Unternehmer, das sich in der Form der gewollten Rezession ausdrückt und Wahlentscheidungen beeinflußt. Die Reaktionsmöglichkeiten des Kapitals (Investitionsenhaltungen, Entlassungen, Preissteigerungen etc.) begrenzen unter den gegenwärtigen Bedingungen den Handlungsspielraum der Partei. Ihre Politik kann sich aus dem Bannkreis profitabler Kapitalverwertung nicht lösen, solange nicht massenhafte antikapitalistische Mobilisierung eingetreten ist.
34. Der Kampf für eine alternative Strategie gegenüber einer Wachstumspolitik auf der Basis der Befriedigung der privatkapitalistischen Interessen muß deshalb in und mit der SPD und in und mit den Gewerkschaften geführt werden. In den Gewerkschaften als Kampf für eine autonome, im Interesse der Lohnabhängigen geführte Tarif- und Wirtschaftspolitik, die der Gewerkschaftsführung durch den Druck betrieblicher Kämpfe von unten die Handlungsfreiheit wiedergibt, alternative Konzepte zur staatlichen Einkommenspolitik zu entwickeln. Die Mobilisierung der organisierten und nicht organisierten Lohnabhängigen für die im Kapitalismus nicht zu verwirklichenden gesellschaftspolitischen Ziele wie Kontrolle der Investitionsentscheidungen der Unternehmer, differenzierte Globalsteuerung und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie sowie der Kreditinstitute ist die Voraussetzung für eine mögliche Veränderung der Politik der Regierungspartei SPD. Sie wird in dem Maße handlungsfähig gegenüber dem Kapital, indem sie bedeutende Wählermassen hinter sich weiß für eine Politik antikapitalistischer Strukturformen. Nur der Druck mobilisierter und bewußter Massen kann sie dazu zwingen und damit die politischen Kräfteverhältnisse nach links verschieben.

35. Eine derartige Strategie muß allerdings beim heutigen Stand der Kapitalkonzentration auf multinationaler Ebene abgesichert werden. Eine Politik der Kooperation mit den antikapitalistischen Kräften auf westeuropäischer Ebene in den entsprechenden Parteien und Gewerkschaften ist unerlässlich. Der organisierten Macht des Kapitals steht heute noch eine in sich uneinige Arbeiterbewegung auf westeuropäischer Ebene gegenüber, die noch keine gemeinsame Strategie für ein demokratisches, sozialistisches Europa erarbeitet hat.

Es gilt, die Zusammenarbeit der Lohnabhängigen verschiedener Länder, die in multinationalen Konzernen arbeiten, zu unterstützen.

36. Die Ansatzpunkte für eine Veränderung der derzeitigen Politik der Gewerkschaften, die eine Veränderung bestimmter gewerkschaftlicher Strukturen voraussetzt, sind in folgenden Forderungen zu finden:

- Ausbau des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers in den Betrieben, d.h. gewerkschaftspolitisch die satzungsgemäße Durchsetzung von mehr Rechten gegenüber den schon abverlangten Pflichten der Vertrauensleute in Richtung auf den Status als betriebliche Gewerkschaftsorganisation;
- betriebsnahe Tarifpolitik, die sich die Verbindung von großflächiger und betrieblicher Tarifbewegung zu einer Einheit als Ziel setzt und in Form von Öffnungsklauseln für Zusatzverträge in den regionalen Tarifverträgen durchgesetzt werden kann;
- betriebsnahe Bildungsarbeit, die zur Aufgabe hat, Erfahrungen im Betrieb mit den strukturellen Widersprüchen in der kapitalistischen Gesellschaft zu vermitteln;
- umfassende Mitbestimmungskonzeption, ausgehend vom Arbeitsplatz, über den Betrieb, auf die Unternehmens- und Konzernebene bis in die Gesamtwirtschaft im regionalen, nationalen und internationalen Raum.

Betriebsnahe Tarifpolitik soll als Schritt zur Beteiligung der Lohnabhängigen an der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in den Betrieben verstanden werden. Sie umfaßt nicht nur die Lohnfragen, sondern auch Fragen der Arbeitsbedingungen und ist damit ein Hebel für die Durchsetzung und Absicherung der Forderungen zur Verstärkung innerbetrieblicher Mitbestimmungsrechte. Da sie die verstärkte Beteiligung der organisierten Arbeiterschaft an der gesamten Tarifpolitik als Selbstbestimmung der Betroffenen über Inhalt und Form der Kämpfe will, wird sie gleichzeitig zum Kernpunkt innergewerkschaftlicher Demokratie. Verbunden mit der Erweiterung der Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz als verstärkte Kontrolle über den Produktionsprozeß und im Sinne einer verstärkten Kontrolle der Entscheidungen auf den höheren Unternehmensebenen durch die Kontrolle der eigenen Mandatsträger im Betriebsrat und im Aufsichtsrat, stellt diese Strategie auf der Ebene des Betriebs die alleinige Verfügungsgewalt des Kapitalbesitzers und seiner Beauftragten über den Produktionsprozeß in Frage. Damit schafft sie die Voraussetzungen für den bewußten Kampf breiter Teile der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften für weitergehende Forderungen zur Demokratisierung der Wirtschaft.

37. Zur Klärung der Schwerpunkte der SPD-Betriebsarbeit ist eine Klassenanalyse notwendig, die insbesondere Bewußtsein und Kampfmöglichkeiten innerhalb der verschiedenen Fraktionen der Klasse der Lohnabhängigen berücksichtigt. Die Jungsozialisten führen in der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam mit anderen sozialistischen Kräften den Kampf für die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Autonomie als Vorbedingung einer möglichen Politik antikapitalistischer Strukturreformen.

38. Die Jungsozialisten sehen ihre Aufgabe darin, die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer in der politischen Willensbildung der SPD zur Geltung zu bringen. Dazu müssen die Betriebsgruppen zu einem Instrument der Lohnabhängigen in der Partei werden. Jungsozialisten suchen deshalb verstärkt die Zusammenarbeit mit den Betriebsgruppen. Sofern bereits Betriebsgruppen existieren, arbeiten Jusos in ihnen mit. Es ist dabei zu bedenken, daß diese Betriebsgruppen heute häufig die Funktion haben, die Lohnabhängigen zu diszipliniertem Verhalten im Rahmen der Regierungspolitik zu bewegen. Die Jungsozialisten werden dort, wo noch keine Betriebsgruppen bestehen, in Zusammenarbeit mit der Betriebsorganisation der SPD Betriebsgruppen gründen. Ziel der Jungsozialisten ist es, den Einfluß der Betriebsgruppen, die die Interessen der abhängig Beschäftigten vertreten, in der SPD zu stärken. Die Jungsozialisten setzen sich deshalb dafür ein, daß die SPD langfristig neben ihrer territorialen Organisationsform eine betriebliche Organisation ausbaut. Dadurch könnte u. a. besser gewährleistet werden, daß die SPD in der Basis verankert ist.

39. Die Jungsozialisten arbeiten als Gewerkschaftsmitglieder in den Jugendvertretungen, im Vertrauensleutkörper und in den Tarifkommissionen der Gewerkschaften mit. Ihr Ziel ist eine konsequente Interessenvertretung, eine stärkere Mobilisierung und Politisierung der abhängig Beschäftigten in den Betrieben.

40. Die Jungsozialisten arbeiten in den bestehenden Lehrlingszentren, Lehrlingsgruppen oder jour fix mit bzw. gründen solche Zentren in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend und den betroffenen Lehrlingen. Gleichzeitig setzen sie sich im Betrieb, in der Berufsschule und in der Gewerkschaft ebenso wie in der SPD für die Forderungen der arbeitenden Jugend ein und vermitteln den Druck der Aktionen an der Basis in die politischen Institutionen hinein, um damit Forderungen Geltung zu verschaffen. Sie beziehen die Lehrlinge, jungen Arbeiter und Angestellten in ihre politische Arbeit ein, um sie zur Mitarbeit bei der Verwirklichung der Strategie antikapitalistischer Strukturreformen zu gewinnen.

41. Die Jungsozialisten arbeiten in der Bildungsarbeit eng mit den Gewerkschaften, insbesondere der Gewerkschaftsjugend, zusammen.

42. Die Jungsozialisten unterstützen die Ansätze zu einer stärkeren Einbeziehung der angeworbenen ausländischen Arbeiter in die politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe in der Bundesrepublik. Sie setzen sich nicht für Integration, sondern für Gleichberechtigung und Emanzipation der ausländischen Arbeiter in der BRD ein. Dies erfordert zunächst die Verbesserung ihrer recht-

lichen Stellung durch Initiativen der Gewerkschaften und der Partei mit dem Ziel der Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit deutschen Arbeitern bei betrieblicher und politischer Arbeit, im Wohnungssektor, in Schule, Ausbildung und Freizeit.

Als Beispiele aus einem umfassenden Programm des Bundesarbeitskreises: „Schwarzbuch Ausländische Arbeiter“ fordern die Jungsozialisten kurzfristig:

a) Produktionsbereich

- Einrichtung von Informationszentren unter Beteiligung der Gewerkschaften in den Herkunftsländern und Übergangshilfen durch „Solidaritätsfonds“ in dem Einwanderungsland aus den drastisch zu erhöhenden Vermittlungsgebühren, die die Unternehmen an die Arbeitsämter zu zahlen haben.
- Einstellung von ausländischen Vertrauensleuten als Gewerkschaftsdolmetscher, die den Betriebsrat, den Vertrauenskörper und die DGB-Rechtsschutzsekretäre unterstützen.
- Durchführung von Teilversammlungen für alle Gewerkschaftsmitglieder und Interessierte in den Betrieben während der Arbeitszeit.

b) Reproduktionsbereich

- **Audiovisuellen Sprachunterricht** insbesondere durch die Volkshochschulen während der Arbeitszeit, die systematische Aufbaukurse mit speziell ausgebildeten Lehrkräften anbieten.

- Erweiterung des Mieterschutzrechtes und Verbesserung des sozialen Wohnungsstandards.
- Gründung bzw. Ausbau von internationalen kulturpolitischen Zentren (Clubhäuser), die durch Aus- und Inländer in Selbstverwaltung zu leiten sind.
- Initiierung und Absicherung überbetrieblicher Interessenvertretungen der ausländischen Arbeiter.

43. Betriebsprojektgruppen sind überbetriebliche Gruppen, die die inhaltliche wie praktische Arbeit derjenigen Jungsozialisten bestimmen und koordinieren, die in den Betrieben an Ort in den Gewerkschaftsgliederungen und den SPD-Betriebsgruppen arbeiten, sowie derjenigen, die theoretisch und/oder mittelbar an der Betriebsarbeit interessiert sind (z. B. Berufsschullehrer, Erwachsenenbildner, Schüler, Studenten, Angehörige der Überbauberufe usw.). Sie werden erst ab Unterbezirksebene eingerichtet. Sie haben die Aufgabe, die betriebliche Situation ebenso wie die Situation im Wohnbereich und Umweltbereich zu analysieren, Mobilisierungsaktionen im Betrieb und Wohnbereich vorzubereiten, in Zusammenarbeit mit den Betriebsgruppen Hilfs- und Solidaritätsaktionen bei Arbeitskämpfen zu organisieren und die Jungsozialisten in den Betriebsgruppen sowie in gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktionen zu unterstützen. Dazu arbeiten die Betriebsprojektgruppen mit der Gewerkschaftsjugend zusammen.

C. Thesen zur Massenmobilisierung und Organisation

44. Die Organisation des Kapitalismus ist durch die private Verfügungsgewalt einer Minderheit über die Produktionsmittel gekennzeichnet. Diese Minderheit verfügt damit über die zentralen Funktionsbedingungen der politischen und zunehmend aller gesellschaftlichen Bereiche.

Die kapitalistische Produktion ist organisiert nach dem Prinzip der Profitoptimierung. Technische Erneuerungen werden in diesem System grundsätzlich nicht am Ziel einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten orientiert, sondern Hauptzweck von Forschung und Erneuerung ist die Schaffung immer neuer Möglichkeiten für profitable Kapitalinvestition.

Die Bedingungen der spätkapitalistischen Gesellschaft erschweren das Bewußtwerden kollektiver Bedürfnisse z. B. dadurch, daß Leistungs-ideologie und Konkurrenz der abhängig Beschäftigten um Lohn und Aufstieg in die Steigerung des individuellen Konsums die Fähigkeit zu solidarischem Denken und Handeln verhindern.

45. Der Kapitalismus brachte im Verlauf seiner historischen Entwicklung als Formen seiner Negation entsprechende Prinzipien der Organisation der Arbeiterklasse hervor. Die Ansätze zur Selbstorganisation der Arbeiterklasse (Partei,

Gewerkschaften) stellen deshalb von ihrem organisatorischen Aufbau her Gegenmachtpositionen und Ansätze zu realen Alternativen zum kapitalistischen Gesellschaftssystem dar.

Im Organisationsprozeß der Arbeiterklasse werden Organisationsprinzipien (Solidarität, kollektive Bedürfnisartikulation, Selbstbestimmung) einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft erkämpft. Dabei dürfen die Modelle, die die Arbeiterbewegung bisher im Verlaufe ihrer Geschichte entwickelte, nicht unreflektiert auf die Situation in der spätkapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart übertragen werden.

46. Das Ziel einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann in der BRD nur erreicht werden, wenn mobilisierte und organisierte Massen der abhängig Beschäftigten die grundlegenden Veränderungen auf dem Weg zur Aufhebung kapitalistischer Machtverhältnisse erkämpfen und eine Mehrheit der Bevölkerung diesen Prozeß trägt.

Ziel antikapitalistischer Strukturreformen ist die Ablösung der Fremdbestimmung durch Selbstbestimmung und Selbstorganisation der abhängig Beschäftigten. Fragen der Mobilisierung und Organisation abhängig Beschäftigter betreffen das umfassende strategische Problem, wie eine unterdrückte und zunächst noch weitgehend pas-

siv in einer fremdbestimmten Rolle verharrende Klasse im Prozeß zunehmender Bewußtwerdung sich nach und nach gegen die Fesseln der bestehenden unsozialen und undemokratischen Verhältnisse als aktionsfähiges Kollektiv in selbstbestimmter Form und Zielsetzung organisieren kann.

47. Antikapitalistische Aktionen wollen den Abbau von Rechten und Einflußmöglichkeiten der Abhängigen verhindern, sie beziehen sich oftmals auf isolierte Einzelziele und betreffen häufig nicht zentrale Fragen kapitalistischer Herrschaft in Gesellschaft und Staat. An ihnen können bislang Passive die Macht ihres gemeinsamen solidarischen Handelns entwickeln und einüben. Diese Aktionen müssen zur bewußten antikapitalistischen Politik erweitert werden. Dazu bedarf es einer Organisation, die das Gerüst der mobilisierten Massen bildet.
48. Eine schlüssige sozialistische Strategie muß unter den kapitalistischen Bedingungen der Bundesrepublik von den bestehenden Massenorganisationen der Arbeiterklasse ausgehen, da diese als die Grundlage der bestehenden Arbeitermacht und auch als Gradmesser für den Stand des Klassenbewußtseins angesehen werden müssen.
49. Zwar kann nicht bestritten werden, daß die bestehenden Massenorganisationen teilweise Strukturen aufweisen und programmatische Zielsetzungen vertreten, die wenig geeignet sind, die Klassenauseinandersetzungen erfolgreich zu führen. Im Gegenteil können sie geradezu — und tun es vielfach — den weiteren Aufbau sozialistischer Gegenmacht behindern. Doch ändern diese Tatsachen nichts an der strategischen Feststellung, daß sie prinzipiell als Gradmesser und insofern auch als Grundlage der faktisch bestehenden Arbeitergegenmacht definiert werden müssen, und daß sich — aufgrund ihrer demokratischen Verankerung in den Massen — ihre programmatischen Forderungen mit dem derzeitigen politischen Bewußtsein großer Teile der Arbeiterschaft decken.
50. Die Jungsozialisten wenden sich gleichzeitig gegen eine solche Konzeption der Partei, in der eine selbsternannte Avantgarde bewußt eine scharfe organisatorische Trennung zwischen sich und den Massen herstellt und dabei eine Vereinheitlichung des Klassenbewußtseins innerorganisatorisch durch disziplinierende Richtlinien erzwingen will.
Richtlinien sollen im Rahmen theoretischer Diskussion und praktischer Kämpfe die Organisation vereinheitlichen und diese Einheitlichkeit absichern.
51. Die Jungsozialisten halten die Arbeit in der SPD für notwendig, weil diese Partei nach wie vor von der Mehrheit der Lohnabhängigen als ihre Interessenorganisation betrachtet wird. Die sozialistischen Kräfte in der SPD müssen gestärkt werden, damit sie von einer Minderheit zur Mehrheit werden können.
52. Die Jusos werden konsequent diesen Prozeß vorantreiben, auch wenn es dabei immer wieder zu Konflikten mit den Teilen der Partei kommt, die kapitalistische Positionen vertreten.
53. Die Jungsozialisten gehen davon aus, daß die Grundwidersprüche der kapitalistischen Gesell-

schaft außer im Produktionsbereich (Betriebe) auch im Reproduktionsbereich (Wohnen, Bildung, Erholung, Verkehr) auftreten und damit auch hier Inhalt einer Politik im Interesse der werktätigen Bevölkerung sein müssen.

Diese Widersprüche zwischen

- den Interessen der Kapitalverwertung einerseits (hohe Mieten, Bildung nur mit dem Ziel hoher Arbeitsleistung, für den Verbraucher unwirtschaftlicher Konsumgüter) und
- den kollektiven Bedürfnissen der Betroffenen andererseits (niedrige Mieten, Bildung mit dem Ziel der Selbstverwirklichung des Menschen, Kommunikation statt Konsumfetischismus) sind der Ansatzpunkt für die Doppelstrategie in der Kommunalpolitik.

Die praktisch erfahrbaren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind die Ansätze für systemkritisches Bewußtsein. Damit sich Bewußtsein in praktischen Veränderungswillen fortsetzt, genügt es nicht, verbale Aufklärung zu betreiben: es muß die praktische Veränderbarkeit der Verhältnisse erfahrbar gemacht werden. Dieses wird letztlich nur in der Selbstorganisation der jeweils Betroffenen erreicht. Die Doppelstrategie stellt den Jusos die Aufgabe

auf der einen Seite: punktuelle Selbstorganisation von fallweise Betroffenen zu initiieren und deren Effektivität und Kontinuität zu gewährleisten;

auf der anderen Seite: durch den so entstehenden Druck die Partei und die Institutionen zu zwingen, die Bevölkerungsinteressen wirksam zu vertreten und durchzusetzen.

54. Die Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung ist letztlich nur durch die Bevölkerung selbst möglich. Selbstorganisation der Bevölkerung in allen Bereichen ist nicht nur Mittel zum Zweck der Systemüberwindung, sie ist zugleich ein wichtiges Element eines zukünftigen demokratischen Sozialismus. Daß die Selbstorganisation durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und die politischen Institutionen in der BRD bislang weitgehend unmöglich war, zeugt von der Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie und dem kapitalistischen Charakter der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Die Aktivierung und Mobilisierung von abhängig Beschäftigten ist aufgrund der konkreten Widersprüche des kapitalistischen Systems (Mieten, Sanierung, Schulen, Umweltschäden, Berufsausbildung, Hochschulen) möglich. Praktisch geschieht dies durch Aufdeckung, Information, Umfragen, Unterschriftensammlungen, Presseberichte, Demonstrationen und sonstige Aktionen. Die Gruppen sollen das Austragen von Konflikten mit der „kapitalistischen Umwelt“ absichern und nach außen die Artikulierung von Interessen der abhängig Beschäftigten ermöglichen und den Kampf um deren Durchsetzung vorantreiben. Illusionäre Erfolgserwartungen und Resignation können durch den Gruppenprozeß überwunden werden. Praktisch wird diese Phase in Bürgerinitiativen, Aktionsausschüssen, Projektgruppen, Basisgruppen, Wohngemeinschaften, Arbeitskreisen, Mieteräten etc.

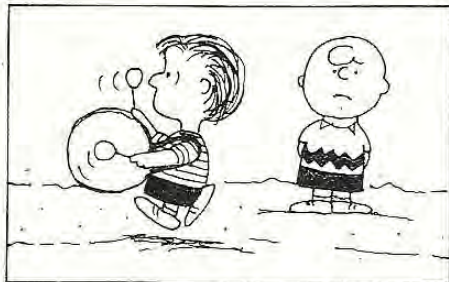
Damit muß die Politisierung dieser Gruppen stattfinden, die die so artikulierten Interessen der Bevölkerung in die institutionelle Ebene tra-

gen und dort die Interessenkonflikte auf der Seite der werktätigen Bevölkerung ausfechten, wodurch gleichzeitig eine qualitative Veränderung der Institutionen selbst tendenziell möglich wird. Praktisch geschieht dies durch personelle und organisatorische Verflechtung der Bevölkerungsgruppen mit der Parteiorganisation und mit den Verbündeten innerhalb der Verwaltungen und kommunalpolitischen Gremien.

55. Die Stabilisierung und Politisierung von mobilisierten Bevölkerungsgruppen wird von kurzfristigen punktuellen Erfolgen in der eigenen Interessenvertretung gefördert. Hierbei und bei der Initiierung weiterer Gruppen können die Jungsozialisten wichtige organisatorische Hilfe leisten, indem sie die Effektivität der Bevölkerungsgruppe gewährleisten und andererseits den politischen Basisdruck in die Partei und in die

staatlichen Institutionen (z.B. Gemeinderäte, Parlamente, Verwaltungen) tragen.

Das bedeutet gleichzeitig, daß die politische Stärke der Jungsozialisten identisch ist mit der effektiven Artikulation von Bevölkerungsinteressen. Die politische Stabilität von personellen Positionen innerhalb der Partei und den staatlichen Institutionen ist nur auf der Grundlage der Mobilisierung gewährleistet. Im Rahmen der Doppelstrategie können Aktionen notwendig werden, die sich auch gegen Vertreter der Partei wenden, sie müssen sich aber vor allem gegen die Institutionen richten, die objektiv die Interessen der Kapitalsseite vertreten. Die Jungsozialisten sind bemüht, für die Interessen der abhängig Beschäftigten in der Partei und den staatlichen Institutionen Verbündete zu finden und mit ihnen die Kapitalinteressen zurückzudrängen.



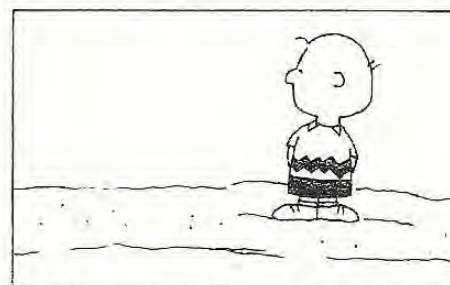
"Der Vorstand wird weiterhin..."



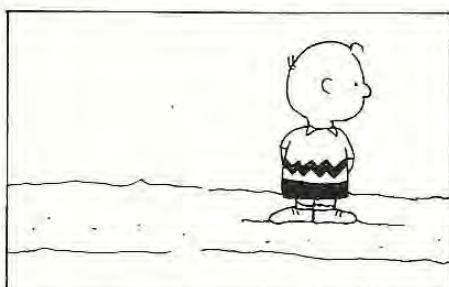
...sozialistische Theorie...



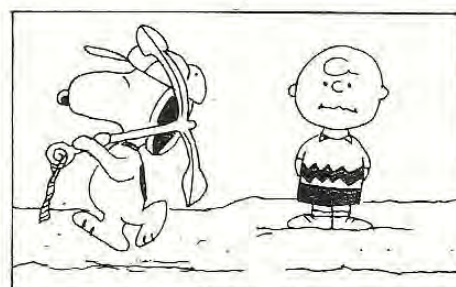
...und Praxis in die...



...gesellschaftlichen
Konfliktbereiche...



...und in die Partei...



...tragen und verankern."